

OFFENER BRIEF

An:

- den Ersten Bürgermeister des Marktes Pressig, Herrn Stefan Heinlein
- die Mitglieder des Marktgemeinderates des Marktes Pressig
- den Landrat des Landkreises Kronach, Herrn Klaus Löffler
- die Mitglieder des Kreistages des Landkreises Kronach

Datum: 07.04.2026

Betrifft: Demokratie neu beleben – Appell für eine echte Bürgerbeteiligung und Unterstützung der Petition „Schluss mit der Parteienherrschaft“

Im Vorfeld - aktuelle Situation als Diskussionsgrundlage:

Das Ende der Geduld: Warum die Parteienherrschaft ausgedient hat!
Rente am Limit, Schulen in Not, explodierende Kosten – Deutschland steht am Scheideweg. Ist die „Bürger-Demokratie“ unser letzter Rettungsanker?

Deutschland im Jahr 2026 fühlt sich für viele an wie ein Schiff auf Grund. Wer morgens an der Zapfsäule steht, den Wocheneinkauf bezahlt oder den Brief mit der Mieterhöhung öffnet, spürt: Die Statik unseres Wohlstandes wankt. Doch während das Fundament bröckelt, wirkt der Berliner Politikbetrieb wie eine geschlossene Gesellschaft, die sich hinter Phrasen und Fraktionszwängen verschanzt.

Die Illusion der Wahlfreiheit

Alle vier Jahre geben wir unsere Stimme ab. Doch was wählen wir eigentlich? In der Realität wählen wir starre Listen und Parteiapparate, die Karrieren fernab der Lebensrealität fördern. Das Ergebnis ist meistens eine Politik der bloßen (kurzfristigen) Symptombekämpfung: Das Rentensystem gleicht einem Schneeballsystem auf Kosten der Jungen, das Gesundheitssystem hängt am Tropf, und der Bildungsnotstand ist längst in den Klassenzimmern angekommen.

Die Milliarden fließen, – oft für Rüstung oder Projekte im Ausland – während im Inland die Brücken verrotten und die innere Sicherheit bröckelt. Man gewinnt den Eindruck, dass die Verantwortlichen den Bezug zu jener Heimat verloren haben, die nach zwei Weltkriegen unter Opfern liebevoll wiederaufgebaut wurde. Unkontrollierte Massenimmigration, Inflation und die nun diskutierte Mehrwertsteuererhöhung auf 21 % sind nur die neuesten Symptome

einer Politik, die den Bürgerwillen längst aus den Augen verloren hat. Wer sich jedoch bis auf die Knochen ausplündern lässt und jede Chance auf demokratischen Wandel untätig ablehnt, hat es am Ende fast nicht anders verdient!

Das Problem ist das System, nicht nur das Personal

Es bringt wenig, nur die Gesichter auszutauschen. Das Grundproblem ist tief in unserem System des repräsentativen Parteilisten-Parlamentarismus verwurzelt. Das Problem liegt - einfach ausgedrückt - im „Parteienstaat“. Wenn Abgeordnete mehr Linientreue zu ihrer Parteiführung zeigen als Loyalität dem Wähler und dem Wahlkreis gegenüber, stirbt die Demokratie! Die politische Lethargie der Bürger ist das Lebenselixier einer Politikerkaste, die lieber ihre eigenen Pfründe sichert, als dem Wählerwillen Beachtung zu schenken. Wenn man verfolgt, wo Parlamentarier nach dem Ende ihrer politischen Karriere in der freien Wirtschaft oder bei NGOs unterkommen, kann man oft unschwer erkennen für welche Lobby sie vorher schon tätig waren. Die zunehmende Politikverdrossenheit in der wahlberechtigten Bevölkerungsschicht bereitet den Nährboden für eine um sich greifende Überheblichkeit vieler „Volksvertreter“, die ihr Selbstverständnis mehr im Herrschen als im Dienen sehen. Im Dienen wäre nämlich die eigentliche Aufgabe eines politischen Abgeordneten bzw. einer Staatsführung definiert. Und zwar als Diener des Volkes, des Bürgers! Nicht als Diener irgendeiner Lobby. Während der letzten Jahrzehnte hat man eher den Eindruck gewonnen, dass parlamentarische Entscheidungen über die Köpfe der Bürger hinweg gefällt werden und die Priorität zur Umsetzung der jeweiligen Parteiideologie einen höheren Stellenwert hat als das Wohlergehen des deutschen Bürgers. Wobei ich der Meinung bin, dass sich die verschiedenen Parteiideologien mittlerweile weitreichend zu einem „Einheitsbrei“ vermischt haben. Dazu fällt mir ein passendes Zitat ein: „Merkel war die erste grüne Kanzlerin“. Natürlich macht es dieser „Einheitsbrei“ dem Wähler nicht einfacher, sich in der politischen Landschaft wiederzufinden. Sich alle vier Jahre zwischen faulen Äpfeln, faulen Pflaumen oder faulen Birnen zu entscheiden (gemeint sind die meist nicht eingehaltenen Wahlversprechen), fühlt sich eher an wie eine Endlosschleife im Hamsterrad, als echte Bürgerbeteiligung. Die Rückschau auf die politischen Errungenschaften seit Gründung der Bundesrepublik wirkt bestenfalls ernüchternd: Kein Politiker, keine Partei und keine Regierung hat es in den über 70 Jahren deutscher Republikgeschichte geschafft, die Grundpfeiler dieses Staates auf solide Fundamente zu stellen! Die Kassen werden immer leerer im Gegensatz zur ausufernden Staatsverschuldung. Die größte Mogelpackung des Jahrhunderts, welche dem deutschen Michel früher oder später auf die Füße fallen wird, heißt „Sondervermögen“, welches auch noch für sachfremde Zwecke abgezweigt wird. Wir stehen heute am Scheideweg unserer freiheitlich-demokratischen Zukunft. Wir können so weiter machen bzw. die Repräsentanten unseres Volkes so weitermachen lassen wie sie es die letzten 77 Jahre getan haben. Sie hatten nun lange genug Zeit an den Systemen unserer Gesellschaft „herumzudoktern“, was uns letztendlich in diese prekäre Lage gebracht hat. Ob dann die nächsten (oberflächlichen) „Reförmchen“ alles Verpasste wieder aufholen können, wirkt eher unrealistisch. Die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie mutiert langsam aber stetig zu einer Auto-Immunerkrankung. Bildungskatastrophe, Gesundheitskrise, Wohnungsnot und leergesaugte

Sozialkassen sind Symptome einer über Dekaden hinweg fortgeführten politischen Themaverfehlung. Auch das Zitat vom damaligen Bundesarbeitsminister Norbert Blüm „die Rente ist sicher!“ (1986), kann ich beim besten Willen heute nicht mehr bestätigt finden.

Einfach so weiter machen und die Dinge einfach laufen lassen, wäre sicher der kurzfristig bequemste Weg für den deutschen Bürger. Die Konsequenzen einer solchen Haltung darf sich jeder selbst ausmalen, ich möchte hier keine Ängste schüren oder in Hysterie vor dystopischen Zukunftsszenarien verfallen. Jedoch haben die letzten 77 Jahre deutscher Politikgeschichte längst gezeigt, dass wir mit dem etablierten System nicht viel weiter kommen als uns immer und immer wieder im Kreis zu drehen. Und zwar auf Kosten des deutschen Michels, des Arbeiters, der Familien der kleinen Leute! Sollen unser Land, unsere Wirtschaft, unsere kulturellen Werte nun komplett den Bach runter geh'n? Oder schaffen wir gemeinsam den konstruktiven Übergang von dieser Parteienherrschaft zu einer echten Bürgerdemokratie?

Auf alle Fälle muss Demokratie besser gehen! Schauen wir uns nun einen innovativen Lösungsvorschlag für den Systemwechsel in Verbindung mit meiner Online-Petition „**Schluss mit der Parteienherrschaft – für eine echte Bürgerdemokratie**“ ([openpetition.de](https://www.openpetition.de)) einmal an:

Der Ausweg: Zurück zum Bürgersouverän

Im 77. Jubiläumjahr der Bundesrepublik Deutschland denke ich, – und da bin ich sicher nur einer unter vielen – es ist Zeit für eine demokratische Evolution – weg vom Parteienstaat, hin zur Bürgerrepublik. Das Ziel ist eine **lösungsorientierte Bürgerdemokratie**:

1. **Reform des Wahlsystems:**
Abschaffung der starren Landeslisten. Parlamentssitze werden ausschließlich durch Direktmandate vergeben, um die unmittelbare Rückkopplung zwischen Abgeordneten und Wahlkreis zu sichern.
2. **Einführung Bürgerrat-Modell:**
Einbindung bewährter kommunaler Entscheidungsträger und Fachexperten in die Landes- und Bundesgesetzgebung, um Praxisnähe über ideologische Taktik zu stellen.
3. **Direkte Demokratie:**
Verankerung bundesweiter Volksentscheide (Ergänzung Art. 20 Abs. 2 GG), damit Bürger direkt über Sachfragen entscheiden können.
4. **Ende des Fraktionszwangs:**
Konsequente Durchsetzung des freien Mandats (Art. 38 GG). Jede Form von Sanktionierung des Abstimmungsverhaltens wird untersagt; Abgeordnete haften allein ihrem Gewissen und ihrem Wahlkreis.
5. **Finanzielle Entflechtung:**
Stopp der ausufernden staatlichen Parteienfinanzierung und striktes Verbot von Spenden zur Unterbindung einseitiger Lobby-Einflüsse.

Ein Aufruf zur Räson

Wir müssen das Subsidiaritätsprinzip neu denken und es vor allem auch nutzen um konstruktive Kritik bzw. Kontrolle „von unten nach oben“ zu gewährleisten! Denn Subsidiarität bedeutet meiner Meinung nicht nur, „Hilfe von Oben“ anzunehmen, sondern vor allem auch umgekehrt: nicht alles kritiklos hinnehmen zu müssen, was über die Köpfe der Bürger und Kommunen hinweg entschieden wird. Diese Art der politischen Rückkopplung zur Basis, der Bürgerschaft, vermisst man leider in unserem freiheitlich-demokratischen Staatsaufbau. Es scheint ja fast so, als würden die Städte- und Gemeindevertreter durch beträchtliche Fördersummen „von oben“ ruhig gestellt. Regierungen bzw. übergeordnete staatliche Organisationseinheiten bedürfen einer kontinuierlichen Kontrolle und Rückkopplung durch die demokratische Basis - die Kommunen (Gemeinden und Landkreise). Denn ohne diese Kontrollfunktion werden „die da oben“ weiterhin machen was sie wollen, ohne Rücksicht auf den, der durch seine Arbeitskraft „den Laden am Laufen hält“ – den „kleinen Bürger“. Ich rufe jeden Einzelnen auf, konstruktive Kritik direkt nach München und Berlin zu tragen. Auch die gewählten Wahlkreisabgeordneten sind in die Pflicht zu nehmen. Aber vor allem Bürgermeister, Gemeinde- bzw. Stadträte, Landräte und Kreistagsabgeordnete wären in der Pflicht, ihre Landes- und Bundeskollegen endlich zur Räson zu rufen. Leider passiert das in der Praxis eher vereinzelt oder man bekommt es nicht mit, weil die Medien einfach nicht darüber berichten. Bundespolitik geht auch dem Kommunalpolitiker was an, denn er vertritt als direkt gewählter Volksvertreter schließlich unmittelbar die bürgerliche Basis!

Ich habe eine entsprechende Petition ins Leben gerufen, mit dem Ziel, die längst überfällige Evolution der politischen Realität in Deutschland anzuregen. Weg von der Parteienherrschaft – hin zu einer echten Bürgerdemokratie. Diese Petition kann mit Ihrer Unterschrift den nötigen politischen Druck für den Systemwechsel aufbauen. Unterstützen Sie diesen Wandel jetzt! Es ist unsere vielleicht letzte Chance auf eine erfolgreiche Zukunftsgestaltung – der ultimative Ausbruch aus dem Hamsterrad! Hier ist der Kurzlink zur Petition: openpetition.de/!bqwmq



Scannen Sie diesen Code mit Ihrem Smartphone, um direkt zur Petition zu gelangen und den Wandel zu unterstützen.

Mein Anliegen an Sie:

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Mandatsträger und Verantwortliche unserer Heimat,

unser Land steht am Scheideweg. Ob Rente, Bildung, Infrastruktur oder die rasant steigenden Lebenshaltungskosten – die Statik unseres Wohlstandes wankt. Während die Bürger vor Ort die Auswirkungen einer oft lebensfernen Bundes- und Landespolitik unmittelbar zu spüren bekommen, verfestigt sich der Eindruck, dass der politische Betrieb in den fernen Zentren der Macht hinter Fraktionszwängen und Parteiideologien erstarrt ist.

Als gewählte Vertreter auf kommunaler und kreiskommunaler Ebene stehen Sie an der vordersten Schnittstelle zwischen dem Staat und den Menschen. Sie sehen die Sorgen der Bürger nicht nur in Statistiken, sondern begegnen ihnen täglich in unseren Betrieben, Vereinen und Familien.

Mein Appell an Sie: Werden Sie zum Sprachrohr des Bürgerwillens!

Die bisherige Form des Parteienstaates hat sich zunehmend von der Lebensrealität entfremdet. Um das Vertrauen in die Demokratie zurückzugewinnen, müssen wir den Weg von einer reinen Parteienherrschaft hin zu einer lebendigen Bürgerdemokratie finden. Dies beginnt hier bei uns, an der Basis.

Ich fordere Sie daher auf, zwei entscheidende Schritte für unsere Region einzuleiten:

1. Einführung kontinuierlicher Evaluationsprozesse:

Demokratie darf sich nicht auf das Setzen eines Kreuzes alle vier oder sechs Jahre beschränken. Ich appelliere an Sie, Instrumente wie **vierteljährliche Bürgerbefragungen** im Markt Pressig und im Landkreis Kronach zu etablieren. Und zwar sowohl für die Themenbereiche der Kommunalpolitik als auch der Landes- und Bundespolitik. Nur durch regelmäßiges, strukturiertes Feedback lässt sich der tatsächliche Bürgerwille präzise ermitteln und in politisches Handeln übersetzen.

2. Konsequente Interessenvertretung gegenüber übergeordneten Gremien:

Nutzen Sie Ihr Mandat, um konstruktive Kritik und die Ergebnisse dieser Bürgerbefragungen unmissverständlich nach oben – in die Bezirks-, Landes- und Bundesgremien – zu tragen. Das Subsidiaritätsprinzip darf keine Einbahnstraße sein, die nur Pflichten nach unten delegiert. Es muss als Kontrollinstrument dienen, welches sicherstellt, dass Politik „von oben“ nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entscheidet.

Die politische Lethargie ist das Lebenselixier erstarrter Strukturen. Lassen Sie uns in Pressig und im Landkreis Kronach zeigen, dass es anders geht. Wir brauchen Abgeordnete und Exekutivkräfte, die sich primär als Diener des Bürgers verstehen und nicht als verlängerter Arm einer Parteiideologie.

Unterstützung für den Systemwechsel

Um diesem Anliegen das nötige Gewicht zu verleihen, habe ich die Online-Petition „**Schluss mit der Parteienherrschaft – für eine echte Bürgerdemokratie**“ gestartet. Ich bitte Sie herzlich, dieses Vorhaben durch Ihre Unterschrift und Ihre Multiplikatorenrolle zu unterstützen. Es ist ein Aufruf zur demokratischen Evolution, die wir dringend benötigen. Demokratie muss besser gehen! Lassen Sie uns gemeinsam den ersten Schritt machen und die Bürger wieder zum echten Souverän unseres Handelns machen.



Scannen Sie diesen Code mit Ihrem Smartphone, um direkt zur Petition zu gelangen und den Wandel zu unterstützen.

Hier ist der Kurzlink zur Petition: openpetition.de/!bqwmq

Ich freue mich auf Ihre Rückmeldung und die Bereitschaft zum konstruktiven Dialog.

Mit freundlichen Grüßen,

Christian Reier

(Freier Journalist / Initiator der Petition „Schluss mit der Parteienherrschaft – für eine echte Bürgerdemokratie“ auf openpetition.de)